

Das Ende der Eiszeit

Der Weg zum ersten Passierscheinabkommen von 1963/64

OLIVER D'ANTONIO

„Was waren das noch für biblische Zeiten, als jedermann, damit er geschätzt werde, sich aufmachte in seine Stadt und wenigstens wußte, wo sie war, wie sie hieß, als es noch nicht Ost-Bethlehem und nicht West-Bethlehem gab, sondern Hirten auf dem Felde und die Menge der himmlischen Heerscharen“¹

DIETER HILDEBRANDT, HEILIGABEND 1963

Es waren nur wenige Kommentare aus Berlin zu vernehmen, die nüchtern blieben in jenen Tagen zwischen Heiligabend und dem Dreikönigsfest um die Jahreswende 1963/64. Das Gleichnis erzählt von der geteilten Stadt Bethlehem und dem Auszug des Volkes Israels zur Volkszählung, als jeder noch in den Schoße seiner Familien, in seine Heimatstadt zurückkehren konnte, als jeder noch Lage und Namen des eigenen Herkunftsortes kannte. Doch diese Erinnerung drohte nun zu verblassen. Es ist offenkundig, dass der Journalist der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* an diesem Heiligabend von Berlin sprach, der gepeinigten, der geschundenen Stadt, die seit 28 Monaten eine unüberwindliche Mauer durchzog, die verhinderte, dass sich Familien seit jenen Augusttagen 1961 je hatten wiedersehen können. Vor diesem Hintergrund mutete es fast wie ein Weihnachtsmärchen an, als am 19. Dezember 1963 erstmals eine Einigung über eine umfassende Passierscheinregelung gefunden werden konnte, die eine Zusammenführung

1 Hildebrandt, Dieter: Immer geradeaus durch die Mauerlücke, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.12.1963.

der unfreiwillig durch zwei Weltsysteme Getrennten zumindest für wenige Stunden ermöglichte.

Vom 19. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964 hatten die Westberliner die Chance, mit einem Passierschein zwischen 7 und 24 Uhr nach Ostberlin, in die Hauptstadt der DDR, zu reisen, um Verwandten einen Besuch abzustatten. Die nackten Zahlen unterstreichen, welch tiefliegendes Bedürfnis hier berührt wurde: In diesen 17 Tagen wurden in Ostberlin mehr als 1,2 Millionen Besuche registriert, abgehalten von schätzungsweise 700.000 Menschen, also von jedem Dritten Westberliner.

Doch das Ereignis hatte auch eine politische Dimension, die weit über das singuläre Ereignis und das Persönliche hinauswies. Denn dem ersten Passierscheinabkommen wird – nach der 18 Jahre währenden Verschärfung des innerdeutschen Konflikts – zugeschrieben, eine Ära der Détente im Kalten Krieg eingeleitet zu haben, die sich bis zum Grundlagen- und Verkehrsvertrag von BRD und DDR im Jahr 1971 hinzog. Und noch etwas ist bemerkenswert: Erstmals seit 1945 war Berlin, oder besser seinen beiden politischen Teilen, gelungen, wieder selbstbestimmt große Politik zu machen. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg war die Stadt zunächst für fast zwei Jahrzehnte nur der Ball in einem Spiel, das andere Mächte bestimmten. Berlin blieb dabei lediglich das Mittel der Theatralik, große Worte und Gesten, wie während der Berlin-Blockade Ernst Reuters verzweifelter Ruf an die Völker der Welt, sie mögen doch auf diese Stadt schauen. Gleiches gilt für die warmen, aber von realpolitischem Desinteresse geleiteten Worte des US-Präsidenten John F. Kennedy, der im Sommer 1963 rund 400.000 frenetisch jubelnde Westberliner mit der legendären Aussage begeisterte, einer von ihnen zu sein und damit seinen Nachfolgern von Reagan bis Obama aufbürdete, ihre jeweiligen Berlin-Visiten mit weit ungelenkeren Formulierungen zu begehen.

Tatsächlich fand die erste, von eigenständigem politischen Willen angeleitete Berliner Handlung von weltpolitischer Dimension jedoch bereits zweieinhalb Jahre zuvor statt. Damals, im Sommer 1961, schienen die eisigen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die sich wechselseitig einer diplomatischen Beziehung verweigerten, in einem ewigen Winter zu gefrieren. Das Symbol dieser Endgültigkeit war das wohl umstrittenste Bauwerk des 20. Jahrhunderts, eine bis zu vier Meter hohe Mauer, die den Westteil Berlins vom Osten abriegelte und endgültig zerschnitt, was offenbar nicht mehr zusammengehören sollte.

13. AUGUST 1961 – DAS MONSTRUM ENTSTEHT

Zahlen können Angst machen. Davor sind auch sozialistische Einheitsparteien und ihre Führer, wie die SED und Walter Ulbricht, nicht gefeit. Und die Zahlen der Bürgerinnen und Bürger, die der DDR den Rücken kehrten, waren in der Tat beängstigend: Allein im Juli 1961 hatten mehr als 30.000 Menschen die Deutsche Demokratische Republik verlassen und eine Aufnahme in den Auffanglagern der Bundesrepublik beantragt, zweieinhalb Millionen und damit mehr als ein Zehntel aller Einwohner waren es insgesamt seit der Gründung des SED-Staates im Oktober 1949.² Die weitaus meisten verließen die DDR über die offenen Sektorengrenzen ihrer Hauptstadt, während an den äußeren Landesgrenzen bereits ein brutales Grenzregime aus Stacheldraht und Selbstschussanlagen herrschte.

Berlin hingegen erlaubte, trotz der immensen militärischen Präsenz der vier alliierten Mächte und des strittigen Status der geteilten Stadt, eine bemerkenswerte Freizügigkeit. Bis 1961 war es keine Seltenheit, im Osten zu leben und im Westen zu arbeiten und umgekehrt. Auch Familien und Freundschaften lebten über die einzige nicht dicht versiegelte Stelle des Eisernen Vorhangs hinweg. Unbeschwert war das Lebensgefühl in der Stadt dennoch keineswegs. Denn natürlich war Berlin bereits die gesamten 1950er Jahre über von den Sowjets als größter Problemfall ihres Imperiums identifiziert worden. Die kleine, von den Armeen dreier NATO-Mächte bewaffnete Insel am westlichen Rand des sowjetischen Weltreichs dürfte dessen politischen Anführer Nikita Chruschtschow ähnlich nervös gemacht haben wie die realsozialistische Umzingelung des westlichen Teils der Stadt die dort lebenden Berlinerinnen und Berliner. Eben wegen dieses problematischen Status quo blieb Berlin in den 1950er Jahren das Pulverfass im Ost-West-Konflikt.

Wie zu verfahren sei, war dabei, betrachtet man die vier Seiten in diesem Machtspiel, überaus strittig. Während die Westberliner schon froh waren, wenn die Alliierten den freien Status Berlins aufrechterhalten und sie vor den Sozialisten verteidigen würden, so waren vor allem die in der Stadt dominanten Amerikaner zu kaum mehr als zu einer Ehrenerklärung für den Westteil der Stadt bereit. Dafür versuchten sie, die westlichen Sektoren, trotz des formalen Sonderstatus Berlins, so eng wie möglich an die Bundesrepublik anzuknüpfen, was über

2 Vgl. Heidemeyer, Helge: „Antifaschistischer Schutzwall“ oder „Bankrotterklärung des Ulbricht-Regimes“? Grenzsicherung und Grenzüberschreitung im doppelten Deutschland, in: Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 87-109, hier S. 87.

eine Bindung an deren Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem letztlich auch erreicht wurde.³ Die andere Weltmacht, die Sowjetunion, drang insbesondere unter Chruschtschow demgegenüber auf eine Entmilitarisierung der Stadt. Chruschtschow hoffte, dass sich das Problem allmählich von selbst lösen würde, da die insulare Lage zu einem allmählichen „Austrocknen“ Berlins führen würde. Schließlich blieb da noch die Ostberliner Seite, die Führung der SED. Ulbrichts Perspektive war weniger geostrategisch als von der Staatsräson geprägt. Seit dem Arbeiteraufstand 1953 drängte der SED-Vorsitzende darauf, mit Unterstützung und Billigung der Sowjets den Westen Berlins abriegeln zu dürfen, um damit den Status quo zu zementieren. Das scheiterte jahrelang am Veto der Sowjets, die mit einer Übernahme ganz Berlins stattdessen eine radikale Lösung erwogen.⁴

Berlin verharrte also mehr als ein Jahrzehnt in einer vagen Stabilität. Der SED-Staat insgesamt konnte sich hingegen bis Anfang der 1960er Jahre nicht wirklich festigen. Nachdem die Aufbaugesellschaft zu Beginn der 1950er Jahre noch einen erheblichen Druck entfaltet hatte, was die Anforderungen an Produktivität und Arbeitsdisziplin anging, und auch die Versorgung mit Konsumgütern vernachlässigt worden war,⁵ setzte ab Mitte der 1950er Jahre eine bescheidene Hebung des Lebensstandards ein. Die Fluchtbewegung ging zwischen 1958 und 1960 wohl auch infolgedessen deutlich zurück und die DDR hatte sich durch ihre Wissenschaftsreformen sogar eine gewisse Loyalität ihrer Intelligenz sichern und das Staatswesen konsolidieren können.⁶ Doch der anhaltende Kulturkampf, die fortgeführte Zwangskollektivierung und das Wechselspiel von Reform und Repression führten zu einem neuerlichen Anschwellen der Fluchtbewegung ab 1960. Hinzu kam, dass die in der DDR empfangbaren Westmedien sowie die hautnahen Erfahrungen mit dem Westen in Berlin den Menschen ermöglichten,

-
- 3 Zu den Konflikten in Berlin im Vorfeld des Mauerbaus vgl. Wettig, Gerhard: Berlin vor den Herausforderungen des Kalten Krieges 1945-1989, in: Süß, Werner/Rytlewski, Ralf (Hg.): Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole, Bonn 1999, S. 157-186, hier S. 160 ff. u. S. 170 ff.
 - 4 Zum Anteil Ulbrichts am Mauerbau vgl. Harrison, Hope M.: Walter Ulbricht, der Bau der Mauer und der Umgang damit seit 1989, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. Sonderheft 50 Jahre Mauerbau, Jg. 44 (2011), S. 15-22, hier S. 18 ff.
 - 5 Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1982, S. 269 ff.
 - 6 Vgl. Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt a.M. 1991, S. 181.

sich ein eigenes Bild von der Bundesrepublik zu machen.⁷ Berlin blieb somit das Zentralproblem des Staates, da die relativ offene Grenze eine Ausreise oder zumindest eine rege Bewegung zwischen den Grenzlinien ermöglichte, was vor allem junge und oftmals gut ausgebildete Menschen weidlich nutzten.⁸

Erst das weitere Anschwellen der Fluchtbewegungen 1961 und das Insistieren des Botschafters der Sowjetunion in Ostberlin führten im Juli 1961 letztlich zu Chruschtschows Zustimmung zur Grenzschießung. In der Nacht zum Sonntag, den 13. August 1961 rückten Volkspolizisten und Kampfseinheiten an, mehrere tausend Mann stark.⁹ Straßenzüge wurden abgesperrt, der Schienen- und U-Bahn-Verkehr unterbrochen. Große Rollen Stacheldraht sicherten im Laufe des Tages die Grenzlinien zur DDR rund um Westberlin. Schon am Montag begann die Bautätigkeit, Stück für Stück entstanden in Berlin Mauerabschnitte, die im Laufe der Wochen zu einem mehr als 150 Kilometer langen Lindwurm aus Stein und Beton rund um die westlichen Stadtgebiete Berlins zusammenwuchsen. An manchen Orten rückte das Monstrum den Menschen besonders dicht auf den Leib: Zum Symbol für die Unmenschlichkeit des neuen Grenzregimes wurde dabei die Bernauer Straße im nördlichen Bezirk Wedding, in der die Grenze zwischen den beiden Straßenseiten geschlossen wurde. Die in Bild- und Filmaufnahmen festgehaltenen und teilweise grotesken Szenen schockierten und empörten die westliche Welt: Menschen flohen aus den Hinterausgängen ihrer Häuser in den Westen, sie rannten über Dächer, stürzten sich aus Fenstern. Volkspolizisten versuchten, verzweifelte Fensterflüchtlinge zurück in deren Wohnungen zu ziehen, während Westberliner am anderen Ende die Leiber Richtung Bürgersteig zertritten. Bei nicht wenigen dieser Fluchtversuche waren Todesfälle zu beklagen, was die Grausamkeit der DDR-Machthaber noch stärker unterstrich. Später mauerte man Fenster und Hauseingänge zu, führte Zwangsumsiedlungen durch und riss schließlich die gesamte grenznahe Südflanke der Bernauer Straße ab.

Der Mauerbau gilt mit Recht als die entscheidende Zäsur für die DDR und die Deutschen dies- und jenseits der Grenze. Nun war die DDR für die Ostdeutschen zum unentrinnbaren Schicksal geworden, sie waren dem sozialistischen

7 Vgl. Heidemeyer 2008 (s. Anm. 2), S. 92 f.

8 Insgesamt spricht die Bundesrepublik in Dokumenten jedoch nicht von einer Einbahnstraße, sondern vielmehr von einer „lebhaften Wanderung“ zwischen beiden Staaten. Spormann, zitiert nach Heidemeyer 2008 (s. Anm. 2), S. 99.

9 Anschaulich und in verschiedenen szenischen Perspektiven werden die Nacht der Abriegelung Westberlins und die darauffolgenden Tage beschrieben bei Taylor, Frederick: Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989, München 2006, S. 207 ff. u. S. 229 ff.

Staat auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.¹⁰ Die Reaktionen in der geteilten Stadt führten unmittelbar in den Tagen des Mauerbaus zu offenen Demonstrationen oder stillem Protest auf beiden Seiten des entstehenden Bauwerks, gleichwohl die Propagandamaschine der DDR umgehend anrief, die Mauer als „antifaschistischen Schutzwall“ zu rechtfertigen und die Schuld auf den Westen zu schieben.¹¹ War der Mauerbau eine Bankrotterklärung des SED-Staates, weil er offenkundig machte, dass der Staat seine Bürgerinnen und Bürger nur unter Zwang an sich binden konnte? Dies dürfte ebenso richtig sein wie die andere Deutung, nämlich dass dieser Bau dem Regime zunächst einmal das Überleben sicherte und für die endgültige Konsolidierung der DDR sorgte. Denn nachdem Wut und Verzweiflung verklungen waren, führte die Macht der Fakten zu Resignation, zum notgedrungenen Arrangement mit der DDR, bisweilen sogar zur Rechtfertigung dieser Maßnahmen.¹² In der Bundesrepublik hingegen rückte Ostberlin unter dem Eindruck der bewegten Zeitenwende ab Mitte der 1960er Jahre langsam aus dem Blickfeld. Die Frage nach nationaler Einheit wurde immer seltener gestellt. Doch die Zementierung der Teilung eröffnete nun beiden Seiten die Option, einen neuen Umgang miteinander zu finden.

WILLY BRANDT UND DER WANDEL DER BERLINER ANNÄHERUNGSPOLITIK

Willy Brandt, Berlins Regierender Bürgermeister und sozialdemokratischer Kanzlerkandidat, erfuhr in den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 von der Abriegelung Westberlins, als er sich auf der Fahrt zu einer Wahlkampfveranstaltung in Kiel befand. Der später als Entspannungspolitiker legendär gewordene und mit dem Friedensnobelpreis geehrte Brandt dachte spontan daran, das Volk zum Sturm auf die Absperrungen und damit de facto zum Bürgerkrieg aufzurufen. Brandt verwarf diesen Gedanken allerdings, mobilisierte die Westberliner stattdessen zum friedlichen Protestmarsch und forderte die Westalliierten, allen voran den neuen US-Präsidenten John F. Kennedy, zum Handeln auf. Ken-

10 Vgl. Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Bd. II. Deutsche Geschichte vom Dritten Reich bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 204 f.

11 Vgl. Sälter, Gerhard: Reaktionen auf den Mauerbau in Berlin und der DDR, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. Sonderheft 50 Jahre Mauerbau, Jg. 44 (2011), S. 23-29.

12 Vgl. Detjen, Marion: Die Mauer, in: Sabrow, Martin (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 389-402, hier S. 391.

nedy gab Brandt jedoch zu verstehen, dass Berlin, nachdem es nun rund eineinhalb Jahrzehnte im Zentrum des Kalten Krieges stand, langsam aus dem Fokus der Amerikaner rückte und dass die USA inzwischen bereit seien, sich mit dem Status quo der ehemaligen Hauptstadt zufriedenzugeben, und dass es wünschenswert sei, Westberlin fände sich ebenfalls damit ab.¹³

Für Brandt und die SPD bedeutete dies einen Wendepunkt in ihrer bisherigen Deutschlandpolitik. Während Adenauers Diktum der absoluten Blockade gegenüber jeglichem offiziellen Kontakt zur SED und zu DDR-Repräsentanten die Politik der Bundesregierung seit 1949 dominierte, war die SPD in dieser Frage meist zerrissen geblieben. Gerade die Bonner Sozialdemokraten um Herbert Wehner forderten immer wieder Ansätze zu direktem deutsch-deutschen Kontakt ein, wohingegen sich die Westberliner Führung um Ernst Reuter und dessen Nachfolger Otto Suhr und Willy Brandt diesbezüglich deutlich reservierter gab. Brandt stand der NATO und der Außenpolitik Adenauers keineswegs völlig ablehnend gegenüber, sehr wohl aber direkten deutsch-deutschen Kontakten auf Regierungsebene. Allerdings eruierte er bereits bei seinem Amtsantritt als Regierender Bürgermeister Westberlins 1957, dass menschliche Erleichterungen durch sogenannte „technische Kontakte“ auf Verwaltungsebene hergestellt werden könnten.¹⁴ Brandt war in den Berliner Jahren vor allem ein Lobbyist seiner Stadt. Das stellte ihn in der Frage um die Bundeshauptstadt auch gegen Adenauer. Zu seinem Amtsantritt legte Brandt ein Buch vor, in dem er die Hauptstadtdebatte seit 1949 dokumentierte und einen raschen Umzug wichtiger Bundesbehörden in die westlichen Gebiete der alten Reichhauptstadt nahelegte.¹⁵ Dies zeigt auch, dass Brandt nicht mit einer Verschlechterung der politischen Lage in Berlin rechnete.

Doch nicht allein inhaltlich war Brandt vielen in seiner Partei ein Dorn im Auge. Auch seinen zielstrebigsten und medienorientierten Karrierismus, den er, unterstützt von einem Berliner Freundeskreis, seit den frühen 1950er Jahren immer stärker zeigte, lehnten die mehrheitlich traditionell orientierten Sozialdemokraten ab.¹⁶ Willy Brandt war gewiss beides: ein leidenschaftlicher Kämpfer für ein geeintes Deutschland und ein freies Berlin, aber auch ein Politiker mit Karri-

13 Zu den Aktivitäten Brandts in den Tagen nach dem Mauerbau vgl. Merseburger, Peter: Willy Brandt. Visionär und Realist, 1913-1992, Stuttgart/München 2002, S. 397 ff.

14 Vgl. ebd., S. 346 f.

15 Vgl. Brandt, Willy: Von Bonn nach Berlin. Eine Dokumentation zur Hauptstadtfrage, Berlin 1957.

16 Vgl. Micus, Matthias: Tribünen, Solisten, Visionäre. Politische Führung in der Bundesrepublik, Göttingen 2010, S. 86 f.

ereinstinkt, der es zielsicher verstand, aus den Deutschland- und Berlin-Fragen ein eigenes wahlpolitisches Image abzuleiten. Auf dem Bad Godesberger Parteitag 1959 heischte er mit einem absurd fehlgeleiteten Vortrag über die Ostgrenzen nach Wählerstimmen im Lager der Vertriebenen aus den Ostgebieten und auch in der Augustkrise des Jahres 1961 wusste Brandt im Bundestagswahlkampf die demonstrative Leidenschaftslosigkeit des amtierenden Kanzlers Adenauer bezüglich des Mauerbaus für sich zu instrumentalisieren. Beides muss mitgedacht werden bei Brandts Berlin-, Deutschland- und Ostpolitik: Sie war ihm gleichermaßen visionär getriebene Mission wie auch Karriereoption.

Die vollendete Tatsache des Mauerbaus stellte die bisherige Deutschlandpolitik dann tatsächlich nachhaltig infrage. Adenauer tat das indes nicht. Unter ihm weichte Bonn die harte diplomatische Linie auch nach dem 13. August nicht auf, der Bundesminister für gesamtdeutsche Aufgaben, Rainer Barzel, wandte sich damals sogar massiv gegen die nun erfolgenden Berliner Initiativen Brandts, auf dem Verhandlungswege mit Moskau oder Ostberlin diplomatische Lösungen für die humanitäre Problematik der geteilten Stadt zu erreichen.¹⁷ Brandt wusste dabei sehr wohl um die Brisanz und die Risiken seiner Strategie des Tabubruchs. Nicht zuletzt deshalb führte er seine ersten Gespräche über direkte Kontakte nach Ostberlin nur im Kreise engster Vertrauter.¹⁸

Jenseits der Mauer feierte die DDR den Mauerbau als einen Triumph der Selbstbehauptung gegenüber dem Westen. Die Grenzschießung bedeutete für die SED zunächst, dass sie nun keine offenen Ängste vor der Flucht ihrer Bürgerinnen und Bürger mehr haben musste und dass sie auch dem Westen gegenüber selbstbewusster auftreten konnte. Das zeigte sich nicht zuletzt daran, dass Westberlinern noch bis zum 22. August die Möglichkeit eingeräumt wurde, den Osten zu besuchen, ehe der Vorwurf des Missbrauchs zum Menschenhandel auch diese Praxis unterband. Dafür eröffnete die DDR noch im August 1961 zwei Passierscheinstellen auf Westberliner Bahnhöfen. Diese ließ der Westen mit alliierter Genehmigung allerdings nach nur wenigen Stunden schließen. Und die DDR-Vorschläge zur Passierscheinausgabe in Reisebüros lehnte der Westberliner Senat ab. Hingegen schickte er im November 1961 das *Deutsche Rote Kreuz* zu Verhandlungen über dieselbe Frage nach Ostberlin. Dies nun wiesen die Sozialisten empört zurück, da eine Verhandlung über Reise- und Verkehrsfragen auf Regierungsebene und nicht über das Rote Kreuz entschieden werden müsse.¹⁹ Brandts erster Testballon der Kontaktaufnahme stürzte also unverrichteter Dinge wieder ab. Dennoch rechtfertigte Brandt in einem Interview im Januar 1962 die-

17 Vgl. o.V.: Koffer in Berlin, in: Der Spiegel, 17.04.1963.

18 Vgl. Merseburger 2002 (s. Anm. 13), S. 438 f.

19 Vgl. ebd., S. 451.

se Strategie, verwies aber darauf, dass Kontakte lediglich über die Ostberliner Verwaltung laufen dürften, da es jenseits der „Zonenregierung“ ja keine institutionelle Entsprechung auf Ostberliner Seite zum Senat gebe.²⁰ Für eine solch völlig undiplomatische Kontaktlösung war die DDR-Führung jedoch zu stolz.

Das Jahr 1962 dramatisierte die Lage an der innerstädtischen Grenze weiter, die Zahl der Toten, die bei Fluchtversuchen verunglückten oder durch NVA-Angehörige erschossen wurden, riss nicht ab. Besondere Aufregung verursachte der Fall des erst 18-jährigen Peter Fechter, der – von Fotografen dokumentiert – nur wenige Tage nach dem ersten Jahrestag des Mauerbaus angeschossen im Sperrgebiet vor der Mauer verblutete. Die Handlungsunfähigkeit westdeutscher Polizisten und die demonstrative Unverantwortlichkeit der amerikanischen Grenzposten hinterließen bei vielen, die den fast einstündigen Todeskampf Fechters beobachtet hatten, Gefühle ohnmächtiger Wut. Für die Brandt-Entourage war es nun an der Zeit, Handlungswillen zu demonstrieren. Im *Spiegel* sprach der sozialdemokratische Innensenator Heinrich Albertz nun erstmals von der Bereitschaft, sich eine kontrollierte Öffnung der Grenzen bei der DDR durch Zugeständnisse in der Anerkennungsfrage zu erkaufen, was Brandt in Reaktion auf die empörten Kommentare in der Medienöffentlichkeit bekräftigte.²¹ Eine Initiative im Herbst 1962 scheiterte jedoch am Widerstand der Bundesregierung, die das von der DDR erwünschte Entgegenkommen durch Kredite verschleppte. Im Sommer 1963 forcierten Brandt und sein Pressechef Egon Bahr das neue Schlagwort, welches die deutsch-deutschen Beziehungen künftig prägen sollte: „Wandel durch Annäherung“, eine von Bahr erdachte Konzeption, die auf Vorträgen im Rahmen einer Tagung der *Evangelischen Akademie Tutzing* öffentlichkeitswirksam aufbereitet wurde. Dass nur Monate später mit dem Passierscheinabkommen tatsächlich ein Erfolg erzielt wurde, war jedoch auf den Kanzlerwechsel von Adenauer zu Erhard im Oktober 1963 zurückzuführen, der in der Berlinfrage plötzlich neue Spielräume eröffnete.

DER LANGE WEG ZUR KURZEN FREUDE

Mit der Übernahme des Kanzleramts durch den „Vater des Wirtschaftswunders“ Ludwig Erhard am 15. Oktober 1963 trat zudem ein neuer Mitspieler in der

20 Vgl. Jaene, Hans-Dieter/Merseburger Peter: „Ich bin bereit mit Ostberlin zu verhandeln.“ SPIEGEL-Gespräch mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt, in: Der Spiegel, 08.01.1964.

21 Vgl. Merseburger 2002 (s. Anm. 13), S. 439.

Deutschlandpolitik auf den Plan: die FDP. Sie drängte Erhard zu einer Kabinettsumbildung, woraufhin nur zwei Tage später der Liberale Erich Mende das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen übernahm. Während sein junger Amtsvorgänger Barzel ein strammer Hardliner gewesen war, der eine Annäherung an die DDR ebenso abgelehnt hatte wie Adenauer, war der nationalliberale Mende hier weit offener für taktische Manöver. Vermutlich ebnete Geld den Weg zu den ersten Passierscheinen: Wenige Wochen nach seinem Amtsantritt unterbreitete Mende Ostberlin ein großzügiges Kreditangebot. Selbstverständlich wollte die DDR-Führung keinerlei Bezug zu diesem Vorgang herstellen und so adressierte der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Alexander Abusch, seinen Brief an den Senat und an Brandt, keineswegs aber an Bonn. Der förmliche Briefwechsel spielte sich also in Berlin ab; dass den Protagonisten in der einstigen Reichshauptstadt dafür freie Hand gelassen wurde, war auch Mendes Verdienst, der energisch gegen die christdemokratischen Bedenkenträger im Kabinett argumentierte.²²

Aus heutiger Sicht kleinlich, aber keineswegs unbedeutend waren die taktischen Finessen und das formalistische Geplänkel in den Berliner Briefen, die nur Tage später dem *Neuen Deutschland* und – beruhend auf dieser Quelle – der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zur Veröffentlichung vorlagen.²³ Während Abusch bewusst die formal korrekte Amtsbezeichnung Brandts als „Regierender Bürgermeister von Berlin“ konterkarierte, indem er den Zusatz „von Berlin“ unterschlug, verwendete Brandt weder Anrede noch Unterschrift, sondern begann die Schriftstücke jeweils mit dem Satz: „Der Regierende Bürgermeister von Berlin lässt mitteilen:“. Abusch schlug Brandt zunächst ein persönliches Treffen vor; das Hintertürchen, mit Vertretern zu agieren, ließ er jedoch offen. Das war auch gut so, denn Brandt ließ keinen Zweifel daran, dass er eine solch hohe diplomatische Ebene für indiskutabel hielt. Zur ersten Begegnung schickte er daher seinen alten Freund aus jungen Berliner Tagen, Senatsrat Horst Korber, was Abusch wiederum mit der Entsendung Erich Wendts beantwortete. Die SED wertete dieses Zugeständnis dennoch als einen kleinen Anerkennungserfolg, denn es handelte sich tatsächlich um die ersten formalen Kontakte zwischen BRD und DDR auf Regierungsebene.

Die Biografien der Verhandlungsführer waren von starken Unterschieden geprägt: auf der einen Seite Korber, ein 36-jähriger beflissener Jurist aus Thüringen, der 1949 aus Jena nach Westberlin geflohen war; auf der anderen Seite der gebürtige Leipziger und Kulturstaaatssekretär Erich Wendt, 61-jähriger Hand-

22 Vgl. o.V.: Ein Kaufmann kam, in: *Der Spiegel*, 18.12.1963.

23 Die Briefwechsel finden sich in: o.V.: Der Briefwechsel über die Ausgabe von Passierscheinen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.12.1963.

werkersohn. Wendt, der sich seit den frühen 1930er Jahren in Stalins Sowjetunion aufhielt, hatte auch ein pikantes Privatleben vorzuweisen: War er zunächst mit der späteren Frau des SED-Vorsitzenden Walter Ulbricht, „Lotte“, verheiratet, ehelichte er im russischen Exil die vormalige Lebensgefährtin Herbert Wehners. Gegenstand der Debatten war zunächst der Ort des Treffens. Hier lenkte nun Brandt ein, dessen Initiativen für eine erste Begegnung im Schöneberger Rathaus durch eine auf „Vertraulichkeit“ abzielende Lokalität in Ostberlin gekontert wurde. Die Verhandlungen selbst waren überaus zäh, die Forderungen der DDR-Delegationen schienen nach den ersten Begegnungen zu weitreichend, als dass Brandt Chancen auf eine Einigung sah. Insgesamt 34 Stunden wurde innerhalb von nur wenigen Tagen gestritten. Allein am 16. Dezember war Korber drei Mal nach Ostberlin gefahren. Die Treffen verlagerten sich mehr und mehr in die DDR-Hauptstadt, je deutlicher wurde, dass die Verhandlungsführer im Osten doch engere Rücksprache mit ihren Vorgesetzten zu halten hatten als Korbers Delegation.²⁴

Am Ende gelang die Einigung dennoch. Am 18. Dezember 1963, Brandts fünfzigstem Geburtstag, wurden die ersten Passierscheine ausgegeben. Das Zeremoniell war dabei gleichermaßen anstrengend wie – in Kenntnis der damals undurchsichtigen Hintergründe – grotesk: In Westberliner Turnhallen erwartete die Bürgerinnen und Bürger, die Anträge auf Passierscheine stellen wollten, eine Schar Ostberliner Postbeamten. Die uniformierten Postler mussten herhalten, weil Westberlin keine Volkspolizisten auf seinem Hoheitsgebiet dulden wollte. Tatsächlich handelte es sich bei diesen scheinbar harmlosen Beamten des Post- und Fernmeldewesens in Ostberlin jedoch um verkleidete Mitarbeiter der Staatssicherheit, die die Anträge entgegennahmen.

Während die Presse im Allgemeinen den ersten Schritt auf einem neuen Weg in den deutsch-deutschen Beziehungen feierte²⁵, berichteten Journalisten vor Ort von bedrückenden Szenen: Dem Andrang von Hunderttausenden kaum Herr werdend, hakten die getarnten MfS-Mitarbeiter in einer der Verwaltungsmaschinerie ganz eigenen Ruhe ab, während die Menschen stundenlang in Schlangen vor den Hallen anstanden. Alte und Mütter mit Kindern konnten in speziellen Warteräumen unterkommen, die notdürftig vor Kälte schützten. Manche brachen entnervt und frustriert ab, andere kollabierten unter der psychischen und körperlichen Belastung und mussten in Krankenhäuser transportiert werden. Der Journalist Hans Gresmann sammelte deprimierende Eindrücke:

24 Vgl. Stehle, Hansjakob: Langer Nächte kurzes Protokoll, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.12.1963.

25 Vgl. Sommer, Theo: Menschlichkeit und Politik, in: Die Zeit, 03.01.1964.

„Berlin jubelt“ – so hieß es in den ersten Schlagzeilen der Zeitungen. Ich habe niemanden jubeln gesehen, jedenfalls nicht in dieser Turnhalle, die zum Wartesaal wurde. Schon Tage vorher hatten diese Menschen viele Stunden in Schnee und Kälte gewartet. Sie hatten sich, in Decken gehüllt, Meter um Meter dem Eingang nähergeschoben. Sie waren endlich eingelassen worden. Sie hatten das Antragsformular in die erstarrten Hände genommen. Sie zwängten sich dann in Schulklassen und in viel zu kleine Bänke und versuchten ‚richtig‘ auszufüllen, was das Formular verlangte. Viele taten’s falsch, worauf dann, wie sich am nächsten Tag herausstellte, alles umsonst war, so daß die ganze Qual des Wartens noch einmal von vorn beginnen mußte.“²⁶

Die Besuchswellen selbst liefen weitgehend störungsfrei ab. Nach zweieinhalb Jahren des Wartens und Stunden des Anstehens in Geduld geübt, nahmen viele Berlinerinnen und Berliner auch die letzten Hürden auf sich. Die PKW-Kolonnen stauten sich bei Hin- und Rückfahrt an den ausgewählten Grenzübergangspunkten. Viele Tausende fuhren gleich morgens mit der S-Bahn in die „Zone“, um möglichst viel von der eng bemessenen Zeit nutzen zu können. Als am 5. Januar dann die Zeit des vorläufigen Abschiednehmens gekommen war, waren die Szenen vielleicht etwas dramatischer, aber auch hier blieb alles friedlich. Minuten nur nach Mitternacht hatte die DDR ihr altes rigides Grenzregiment wieder instandgesetzt.

DER KRUMME WEG ZUR OSTPOLITIK – WAS BLIEB VOM PASSIERSCHEINABKOMMEN?

Das erste Passierscheinabkommen war in der Tat ein erster Schritt der Annäherung in den deutsch-deutschen Beziehungen und möglicherweise auch der erste Pinselstrich im späteren Gesamtkunstwerk der Brandt-Bahr’schen Ostpolitik. Es war nicht weniger als das, aber auch nicht mehr. Denn tatsächlich war das Interesse an einer Weiterentwicklung der Gesamtkonzeption der Passierscheinfrage in wesentlichen Punkten begrenzt. Das lag nicht zuletzt an der Bundesregierung, die unmittelbar nach Ablauf des befristeten Abkommens deutlich machte, dass das über die Weihnachtstage praktizierte Vorgehen die Langmütigkeit der Bundesrepublik schon aufs Äußerste bemüht habe. Gerade eine Wiederholung der Zulassung Ostberliner Postbeamter auf Westberliner Boden wollte die Union vermeiden. Auch Brandt betonte, dass Westberlin keine Schritte ohne die Bundesrepublik unternehmen werde, womit er die feste Bindung der Weststadt an

26 Gresmann, Hans: Berlin 1963: Das rationierte Wiedersehen, in: Die Zeit, 27.12.1963.

die Bonner Republik unterstrich. Gewiss sollten so auch die Vorbehalte des Berliner CDU-Landesvorsitzenden Ernst Lemmer, man könne den Sozialisten in Fragen der entmilitarisierten Freien Stadt entgegenkommen, zerstreut werden. Dieses Kalkül der SED war tatsächlich nicht ganz von der Hand zu weisen, denn die SED hatte sich nach der Festigung des eigenen Staates durch die Mauer wieder stärker dieser Chruschtschow-Idee geöffnet und sah sie sogar als eine mittelfristig zu erreichende Bedingung für weitere Passierscheinabkommen.²⁷

Die SED insistierte darauf, die Besuche für eine zweite Passierscheinwelle auf die bislang registrierten Personen zu begrenzen und ansonsten das „bewährte“ Vorgehen aufrechtzuerhalten. Der Westberliner Senat war hingegen bestrebt, die diplomatische Ebene der Weihnachtsverhandlungen von 1963 wieder zurückzuschrauben und die Verhandlungen an die Interzonentreuhandstelle zu übergeben, was für die langfristig auf diplomatische Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik zielende SED-Führung unannehmbar war. So war es nicht verwunderlich, dass die Gespräche über eine Passierscheinregelung für Ostern und Pfingsten 1964 scheiterten. Doch Korber und Wendt trafen sich weiterhin, insgesamt 28 Mal binnen neun Monaten, ehe im September des Jahres ein weiteres Abkommen über fünf Zeitfenster für die Ausgabe von Passierscheinen zwischen Oktober 1964 und Pfingsten 1965 erzielt wurde. Darin wurden nun die Besetzungen und Kompetenzen der beteiligten west- und ostdeutschen Postbeamten, die zu nutzenden Verkehrsmittel für den Grenzübertritt sowie die Ausnahmebedingungen in Härtefällen gefasst.

Noch zwei weitere Male – 1965 und 1966 – gelang, solche Abkommen zu schließen, dann scheiterte ein fünftes Abkommen am Willen der SED, die Beziehungen weiterzuentwickeln. Dabei ging es vor allem um den Kniff einer 1963 auf Anraten des Justizministeriums eingefügten „salvatorischen Klausel“, die seither durch alle vier Abkommen geschleppt worden war und die dem Westen im Grunde die legitimatorische Lücke sicherte, dass es sich beim Passierscheinabkommen nicht um einen Vertrag auf staatlicher Ebene handle, was jedoch die Ergebnisse der Vereinbarung – nämlich die Passierscheinausstellung selbst – nicht berühren sollte. Darauf, diesen Zusatz zu streichen, drängte die SED-Führung mit jedem erzielten Abkommen stärker. 1966 erhob Ostberlin schließlich zur Elementarforderung, dass „normale staatliche Beziehungen“ zwischen der Westberliner und der DDR-Regierung aufgenommen werden, woran ein fünftes Abkommen letztlich scheiterte. Bestehen blieb hingegen die Passierscheinstelle

27 Zu den Debatten in CDU, SPD und SED im Gefolge des ersten Abkommens vgl. o.V.: Erhard warnt vor Zugeständnissen an Ostberlin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.1964; o.V.: Die Passierschein-Verhandlungen auf kritischem Punkt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.02.1964.

für Härtefälle und auch nur, weil der Senat dafür bereit war, auf die Klausel zu verzichten.²⁸

Die langfristigen Wirkungen dies- und jenseits von Mauer und Stacheldraht blieben ambivalent. Die offiziellen Beziehungen zwischen Westberlin und vor allem der Bundesrepublik sollten sich bis Anfang der 1970er Jahre stetig verfestigen, die Epoche der radikalen Abgrenzung fand mit dem Passierscheinabkommen ihr endgültiges Ende, ebenso wie die Praxis der politischen Forderungen und des Freikaufs von Häftlingen durch Geldzahlungen der Bundesrepublik ihren Anfang nahm.²⁹ Hatte Berlin zwischen 1961 und 1967 nun als politisches Zentrum agiert und deutsch-deutsche Fakten geschaffen, die Mauer selbst und ihre punktuelle Durchlöcherung durch die Passierscheine, so zog mit Willy Brandt, der nun Außenminister und später Bundeskanzler wurde, und dem ihn begleitenden Egon Bahr die große Deutschlandpolitik von der Spree an den Rhein. Brandts Nachfolger Heinrich Albertz und Klaus Schütz überließen dieses Feld dem Entspannungspolitiker Brandt. Es sollte nie wieder ein Passierscheinabkommen geben.

Für die DDR gilt, dass die SED durch den Mauerbau ein immenses Selbstbewusstsein erwarb, was auch durch weitreichende Zugeständnisse in wirtschaftlicher und kultureller Sphäre zum Ausdruck gelangte,³⁰ von denen das Passierscheinabkommen gewiss ein nicht unwichtiger Bestandteil war. Dies kommt in der Zulassung vorsichtig kritischer Literatur wie Christa Wolfs berühmt gewordener Erzählung „Der geteilte Himmel“ von 1963 zum Ausdruck, ebenso wie an der Einführung des sogenannten „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ vom Sommer 1963, das der betrieblichen Ebene mehr Eigenverantwortung in der Planwirtschaft übertrug. Doch beide Öffnungsprozesse währten nur kurze Zeit und wurden durch die Erneuerung einer zentralistischen Wirtschafts- und repressiveren Kulturpolitik wieder zurückgedreht.³¹ Unter Ulbrichts Nachfolger Erich Honecker kam es zwar zu einer Verstetigung und Institutionalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen, ohne dass dabei jedoch die Repression des Systems abnahm. Als im September 1987 Erich Honecker in Bonn mit den protokollarischen Ehren eines Staatsgastes empfangen wurde, als die Bundeswehrkapelle dem auf einem roten Teppich stehenden SED-Generalsekre-

28 Vgl. Lepp, Claudia: Tabu der Einheit? Die Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und die deutsche Teilung (1945-1969), Göttingen, 2005, S. 579 f.

29 Vgl. Schildt, Axel/Siegfried, Detlef: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 222.

30 Vgl. hierzu den Beitrag von Michael Lüthmann in diesem Band.

31 Vgl. Malycha, Andreas/Winter, Peter Jochen: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009, S. 157 ff.

tär die Hanns-Eisler-Hymne spielte, da hatte die DDR all ihre deutschlandpolitischen Ziele erreicht und schien in dieser Beziehung im Zenit ihrer Geltung angekommen. Von seinen Bürgerinnen und Bürgern hatte sich der SED-Staat allerdings weiter entfernt denn je. Am 9. November 1989 verkündete das Politbüro seinen letzten Beschluss von weltpolitischer Tragweite.

